

barn und der politischen Einigung in Europa geführt hat. Im Mittelpunkt des gewandelten Selbstverständnisses der Grenzregion steht dabei immer deutlicher nicht die trennende, sondern die verbindende Eigenschaft der Grenze. Grenzregionen wie das Saarland können auf diese Weise den Brückenschlag auf politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Ebene hin zu unseren europäischen Nachbarn vollziehen.

Hierbei kommt der eigenen und fremden Sprache eine besondere Bedeutung zu. Da Sprache kulturelle und nationale Identität verkörpert, bedeutet sie im politischen Kontext auch Macht und kann als Mittel zur Unterdrückung mißbraucht werden. Besonders vor diesem Hintergrund, der in verschiedenen Beiträgen dieses Kongresses thematisiert wird, lassen sich Ziele einer im demokratischen Verständnis verantwortungsvollen Sprachenpolitik formulieren: ihre Aufgabe ist es, die gegenseitige Verständigung und Annäherung von Menschen und Nationen zu fördern. Somit hat die Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen und von Wissen über andere Kulturen und Mentalitäten eine zentrale friedensstiftende Funktion. Sie bildet die Grundlage für den politischen und gesellschaftlichen Einigungsprozeß in Europa.

Auch die wirtschaftliche Bedeutung fremdsprachlicher und interkultureller Kompetenz rückt im Prozeß der Öffnung Europas stärker in den Mittelpunkt des Interesses. So hebt das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie zum Beispiel die Bedeutung von Fremdsprachen für den europäischen Arbeitsmarkt hervor, da sie zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zum beruflichen Aufstieg einen wichtigen Beitrag leisten. Fremdsprachliche und interkulturelle Kenntnisse und Fähigkeiten bilden unbestritten eine wesentliche Grundlage für gegenseitiges Verstehen, für Mobilität und Kommunikation auf internationaler Ebene. Sie gelten deshalb auch als unverzichtbares Element im Prozeß des Ausbaus der außenpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen Deutschlands zu den Partnern in Europa und weltweit.

Getragen von einem mittlerweile breiten politischen Konsens muß die Bildungspolitik deshalb auf verschiedenen Ebenen einem entsprechend geänderten Bildungsauftrag Rechnung tragen, indem sie die Förderung der Dialog- und Kommunikationsfähigkeit und die Erziehung zu Offenheit und Toleranz verstärkt zu ihrem Anliegen macht. Die Kultusministerkonferenz hat vor diesem Hintergrund als vorrangiges Lernziel der Zukunft die Mehrsprachigkeit und die Anwendbarkeit erworbener Sprachkenntnisse und interkultureller Kompetenz postuliert und – als Grundlage für künftige Entwicklungen – eine länderübergreifende Neuorientierung des Fremdsprachenunterrichts gefordert.

Die saarländische Sprachenpolitik hat sich diesem auf nationaler Ebene formulierten Bildungsauftrag bereits seit langem verpflichtet und setzt infolge der geschichtlichen und geographischen Besonderheiten des Saarlandes als Grenzre-